

SuedLink

BBPIG-Vorhaben 3, HGÜ-Verbindung Brunsbüttel - Großgartach
BBPIG-Vorhaben 4, HGÜ-Verbindung Wilster - Bergrheinfeld/West
Leitung-Nr.: LH-16-10001 / LH-16-10002

Vorhabenträger:



Ersteller:



Vössing Ingenieurgesellschaft mbH
Am Marstall 1a
30159 Hannover

DokumentenzahlNr.: A100-VIN-004235

Planfeststellung

Planfeststellungsabschnitt B1 von km 0+000 bis 67+619

Unterlagen nach § 21 NABEG

Teil K02

Voraussetzungen für wasserrechtliche Zulassungen
Anhang 03: Befreiungsvoraussetzungen nach § 52 Abs. 1
Satz 2 WHG für das WSG Rotenburg-Stadt

00	28.08.2023	Unterlage nach § 21 NABEG	MueFre	TroTon	BriKat
Vers.	Datum	Ausgabe	Erstellt	Geprüft	Freigegeben

Festgestellt nach § 24 NABEG

Bonn, den 30.09.2025

Im Auftrag


Daniel Matz



Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	2
Anhangs- und Anlagenverzeichnis	2
Tabellenverzeichnis.....	2
Abkürzungsverzeichnis.....	3
1 Verbote und Beschränkungen im Wasserschutzgebiet Rotenburg-Stadt gemäß § 4 der Verordnung über die Festsetzung des Wasserschutzgebiet Rotenburg-Stadt	4
2 Befreiungsvoraussetzungen nach § 52 Abs. 1 Satz 2 WHG für die Verbote und Beschränkungen im WSG Rotenburg-Stadt	7
2.1 Prüfung der Voraussetzungen für die Befreiung im Sinne des § 52 Abs. 1 Satz 2 Alt. 1 WHG von Verboten gemäß § 4 SchuVo des Wasserschutzgebietes Rotenburg-Stadt	7
2.2 Bewertung einer Befreiung aufgrund überwiegender Belange des Allgemeinwohls, § 52 Abs. 1, Satz 2 Alt. 2 WHG	8

Anhangs- und Anlagenverzeichnis

Anhänge und Anlagen entfallen

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1-1: Prüfung relevanter Verbotstatbestände und Genehmigungspflichtige Maßnahmen im WSG Rotenburg-Stadt	4
Tabelle 2-1: Schutzmaßnahmen zur Minimierung bzw. Vermeidung von bauvorhabenbedingten Auswirkungen im WSG Rotenburg-Stadt.....	8

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Erläuterung
BBPIG	Gesetz über den Bundesbedarfsplan
HDD	Horizontal Directional Drilling – gerichtete Horizontalbohrtechnik
NABEG	Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz
NWG	Niedersächsisches Wassergesetz
RiStWag	Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wasserschutzgebieten
SchuVo	Verordnung über Schutzbestimmungen in Wasserschutzgebieten
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
WSG	Wasserschutzgebiet
WSGV	Wasserschutzgebietsverordnung

1 Verbote und Beschränkungen im Wasserschutzgebiet Rotenburg-Stadt gemäß § 4 der Verordnung über die Festsetzung des Wasserschutzgebiet Rotenburg-Stadt

Gemäß § 4 der Verordnung über die Festsetzung des Wasserschutzgebiet (WSG) Wasserwerk Rotenburg-Stadt (Stadtwerke Rotenburg (Wümme) GmbH 2013) (SchuVo) sind in der Zone IIIB folgende projektrelevante Maßnahmen genehmigungspflichtig bzw. verboten (Tabelle 1-1) (siehe auch Teil K02, Kapitel 3 und Teil L6.1, Kapitel 4.3.1.8):

Tabelle 1-1: Prüfung relevanter Verbotstatbestände und Genehmigungspflichtige Maßnahmen im WSG Rotenburg-Stadt

Nr. § 4 SchuVo	Verbot /Genehmigungspflichtig	Verbotstatbestand	Handlungen/Bau- maßnahmen	Verstoß/Ge- nehmigungspflicht liegt vor / nicht vor
1.2	Verbot	Einleiten und Versickern von Abwasser in den Untergrund unterhalb der belebten Bodenzone von sonstigem Schmutzwasser und abfließendem Niederschlagswasser von Verkehrsflächen oder mit diesen vergleichbaren Flächen (gewerbliche/landwirtschaftliche Betriebs- und Hofflächen)	Versickerungen von Abwasser unterhalb der belebten Bodenzone sind nach derzeitigem Kenntnisstand in der Genehmigungsplanung nicht vorgesehen.	nein
14	Verbot	Umgang mit wassergefährdenden Stoffen im Sinne des § 62 Abs. 3 WHG außerhalb von Anlagen, Vorrichtungen oder Behältnissen, aus denen ein Eindringen in den Boden nicht möglich ist	Die Betankung und Wartung von Baumaschinen erfolgen außerhalb des WSG.	nein
21.1	Verbot	Bauen von Straßen, soweit die Maßnahmen nicht den „Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wassergewinnungsgebieten (RiStWag in der zur Zeit gültigen Fassung)“ entsprechen	Temporäre Baustraßen mit einer Gesamtlänge < 1 km sind geplant. Die RiStWag wird berücksichtigt. Das Bauen von land- oder forstwirtschaftlichen Wirtschaftswegen ist gemäß Nr. 21.3 erlaubt.	nein
23.1	Verbot	Verwendung von Materialien im Straßen-, Wege-, Wasser- oder Landschaftsbau, wenn diese	Im Straßen-, Wege-, Wasser- oder Landschaftsbau werden keine betreffenden	nein

Nr. § 4 SchuVo	Verbot /Geneh- mi- gungs- pflich- tig	Verbotstatbestand	Handlungen/Bau- maßnahmen	Ver- stoß/Ge- nehmi- gungs- pflicht liegt vor / nicht vor
		Materialien auswaschbare was- sergefährdende Stoffe oder Beimengungen enthalten oder die Inhaltsstoffe durch Um- wandlung wassergefährdend wirken können	Materialien einge- setzt.	
1.3.3	Geneh- mi- gungs- pflichtig	Verrieseln oder Versickern von abfließendem Niederschlags- wasser von Verkehrsflächen oder mit diesen vergleichbaren Flächen (gewerbliche/ landwirt- schaftliche Betriebs- und Hof- flächen) über die belebte Bo- denzone	Verrieselung/Versi- ckerung von auf den Zuwegungen anfal- lendem Nieder- schlagswasser über die belebte Boden- zone (seitlicher Saum der Baustra- ßen)	ja
23.2	Geneh- mi- gungs- pflichtig	Verwendung von Materialien im Straßen-, Wege-, Wasser- oder Landschaftsbau, wenn diese Materialien die Anforderungen nach LAGA M20 (Mitteilung der Länderarbeitsgemeinschaf Ab- fall: „Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mine- ralischen Abfällen“) einhalten	Ausschließlich Ein- satz von Materialien, welche die Anforde- rungen nach LAGA M20 (Mitteilung der Länderarbeitsge- meinschaf Abfall: „Anforderungen an die stoffliche Verwer- tung von minerali- schen Abfällen“) ein- halten	ja
32	Geneh- mi- gungs- pflichtig	Arbeiten, die so tief in den Bo- den eindringen (Erdauf- schlüsse), dass sie sich unmit- telbar oder mittelbar auf die Be- wegung, die Höhe oder die Be- schaffenheit des Grundwassers auswirken können	Herstellung der offe- nen Kabelgräben und Muffengruben, Bauwasserhaltungs- maßnahmen, HDD- Bohrungen	ja
33	Geneh- mi- gungs- pflichtig	Bodenabbau oder Erdauf- schlüsse, durch die die Grund- wasserüberdeckung auf Dauer vermindert wird	Eine Verringerung der Grundwasser- überdeckung erfolgt lediglich temporär.	nein

Im Hinblick auf die Wasserschutzgebietsverordnung wird gemäß Tabelle 1-1 für fol-
gende Projektbestandteile eine wasserrechtliche Erlaubnis beantragt:

- Verrieselung/Versickerung von auf den Zuwegungen anfallendem Nieder-
schlagswasser über die belebte Bodenzone (seitlicher Saum der Baustraßen)
(Genehmigungspflichtige Maßnahme 1.3.3.)

- Bau von temporären Zuwegungen mit Materialien, die die Anforderungen nach LAGA M20 einhalten (Genehmigungspflichtige Maßnahme (23.2))
- Herstellung der offenen Kabelgräben und Muffengruben, Bauwasserhaltungsmaßnahmen, HDD- Bohrungen (Genehmigungspflichtige Maßnahme 32)

2 Befreiungsvoraussetzungen nach § 52 Abs. 1 Satz 2 WHG für die Verbote und Beschränkungen im WSG Rotenburg-Stadt

2.1 Prüfung der Voraussetzungen für die Befreiung im Sinne des § 52 Abs. 1 Satz 2 Alt. 1 WHG von Verboten gemäß § 4 SchuVo des Wasserschutzgebietes Rotenburg-Stadt

§ 52 WHG regelt den Umgang mit besonderen Anforderungen in WSG, die sich aus der WSGV für gemäß §§ 51 und 52 Abs. 1 WHG und § 91 NWG festgesetzte WSG ergeben. Demnach können durch behördliche Entscheidung bestimmte Handlungen verboten oder für nur eingeschränkt zulässig erklärt werden.

Die zuständige Behörde kann gemäß § 52 WHG, Abs. 1 von Verboten, Beschränkungen sowie Duldungs- und Handlungspflichten gemäß § 4 SchuVo des Wasserschutzgebietes Rotenburg-Stadt der Stadtwerke Rotenburg (Wümme) GmbH vom 02.10.2013 eine Befreiung erteilen, wenn der Schutzzweck nicht gefährdet wird oder überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit dies erfordern.

Eine solche Befreiung wird benötigt, sobald die Trasse durch ein festgesetztes WSG verläuft und dies mit Verbotsverletzungen verbunden ist.

Da es sich bei der Schutzzone IIIB des WSG Rotenburg-Stadt um ein offiziell festgesetztes WSG handelt, ist für die in Teil K02 „Voraussetzungen für Wasserrechtliche Zulassungen“, Kapitel 3 identifizierten-relevanten Handlungsverbote und -beschränkungen im Rahmen der Planfeststellung eine Befreiung im Sinne des § 52 WHG zu beantragen. Eine Befreiung von den geltenden Handlungsverboten- und Beschränkungen kann gem. § 52 WHG erwirkt werden, wenn nachgewiesen wird, dass das geplante Vorhaben den Schutzzweck, d.h. die Sicherung der jeweiligen Trinkwasserversorgung bzw. die Sicherung der öffentlichen Trinkwasserversorgung nicht gefährdet oder überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit dies erfordern.

In Unterlage Teil L06.1 „Hydrogeologisches Fachgutachten“, Kapitel 3.5.3.4 wurde das Schuttpotential der Grundwasserüberdeckung für den Bereich des Trinkwasserschutzgebiets mit gut bewertet. Dies resultiert aus einem im Bereich der Schutzzone verbreitet vorhandenen Grundwasserhemmer zwischen dem oberen und dem wasserwirtschaftlich bedeutsamen Grundwasserleiter. Es liegt eine effektive hydraulische Trennung vor, sodass ein direkter Stoffaustausch weitgehend unterbunden wird. Laut den erfolgten geotechnischen Erkundungen ist der Grundwasserhemmer von ausreichender Mächtigkeit und wird aller Voraussicht nach durch die Baumaßnahme nicht durchteuft werden. Ausnahme hierbei sind einzelne HDD-Bohrungen. Nach Abschluss der Baumaßnahme wird der entnommene Boden in identischer Horizontabfolge wiedereingebaut. Hierbei wird die ursprüngliche Lagerungsdichte wiederhergestellt. Die Wahrscheinlichkeit einer negativen quantitativen oder qualitativen Beeinträchtigung der Bezugspunkte Grundwasser und Trinkwasser im Sinne des § 52 WHG wird somit insgesamt als gering eingestuft.

Bei Umsetzung von Schutzmaßnahmen während der Baumaßnahme im WSG kann das bestehende geringe Schutzzweckgefährdungsrisiko im Sinne des § 52 WHG weiter reduziert werden. Diese Schutzmaßnahmen für das WSG Rotenburg-Stadt sind in der folgenden Tabelle 2-1 beschrieben. Die zugeordneten Wirkfaktoren sind Veränderung des Bodens bzw. Untergrundes (3-1), Veränderung der hydrologischen / hydrodynamischen Verhältnisse (3-3) und Veränderung der hydrochemischen Verhältnisse (3-4).

Im Bereich des Trinkwasserschutzgebiets findet keine Versickerung von anfallendem Förderwasser statt. Anfallendes Niederschlagswasser von Verkehrsflächen wird über die belebte Bodenzone versickert und durch technische Maßnahmen von der aufgeschlossenen Baugrube ferngehalten.

Tabelle 2-1: Schutzmaßnahmen zur Minimierung bzw. Vermeidung von bauvorhabenbedingten Auswirkungen im WSG Rotenburg-Stadt

Bezeichnung	Schutzmaßnahme(n)	Zugeordnete Wirkfaktoren
WSG1	Lagerung und Umschlag von Betriebsmitteln (Treibstoffe, Schmiermittel usw.) außerhalb des Schutzgebiets	3-4
WSG2	Bei bau- oder witterungsbedingten längeren Stillstandzeiten Abstellen der Maschinen außerhalb des WSG oder in Ausnahmefällen auf (übersandeter) Untergrundfolie/Dichtungsmatte.	3-4
WSG6	Vorhalten von flüssigkeitsdichten Mulden zur Ergreifung von Erstmaßnahmen	3-4
WSG7	Beim Bau und der Ertüchtigung von Zuwegungen innerhalb des WSG werden nur autochthone Baustoffe aus natürlichen und anderen mineralischen Stoffen eingesetzt, die den wasserwirtschaftlichen Anforderungen genügen	3-4
WSG8	Überwachung der Maßnahmen durch hydrogeologische Fachbauleitung	3-1, 3-3, 3-4
WSG9	Versickerung des anfallenden Wassers von Verkehrsflächen außerhalb der Baugrube über die belebte Bodenzone	3-3, 3-4
WSG10	Ausbau der notwendigen Zufahrtswege entsprechend den Anforderungen nach RiStWag	3-4

Die geringe Wahrscheinlichkeit einer Schutzzweckgefährdung kann unter Einhaltung und konsequenter Umsetzung der in Tabelle 2-1 vorgeschlagenen Maßnahmen während der Bauzeit soweit reduziert werden, dass eine Gefährdung des Schutzzweckes im Sinne des § 52, Abs. 1 WHG durch das Bauvorhaben SuedLink mit hinreichender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden kann.

2.2 Bewertung einer Befreiung aufgrund überwiegender Belange des Allgemeinwohls, § 52 Abs. 1, Satz 2 Alt. 2 WHG

Im Fall einer Verbotsverletzung bzw. im Falle einer festgestellten Schutzzweckgefährdung kommt neben der Befreiung wegen fehlender Schutzzweckgefährdung gemäß § 52 Abs. 1 Satz 2 Alt. 1 WHG eine Befreiung aufgrund überwiegender Gründe des Allgemeinwohls gemäß § 52 Abs. 1 Satz 2 Alt. 2 WHG in Betracht. Dabei handelt es sich um einen – von der fehlenden Schutzzweckgefährdung zu trennenden – Befreiungstatbestand. Eine Abwägung gemäß dem Allgemeinwohltatbestand ist vor diesem Hintergrund nur erforderlich, wenn eine Schutzzweckgefährdung auf Grundlage der oben dargestellten hydrogeologisch-wasserwirtschaftlichen Untersuchung nicht mit hinreichender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden kann.

Vor dem Hintergrund der langjährigen Fließzeit des Grundwassers vom Einzugsgebiet innerhalb der Zone IIIB bis zum Förderbrunnen besteht selbst im ungünstigen Havariefall keine Gefahr für die Versorgungssicherheit der zu versorgenden Gemeinden, da nachsorgende Maßnahmen ergriffen werden können. Diese Maßnahmen könnten beispielsweise Sanierungsmaßnahmen im Aquifer nahe der Havariefläche

oder chemische Verfahren der Wasseraufbereitung im Wasserwerk sein, die das Rohwasser aufbereiten, bevor es als Trinkwasser abgegeben wird.

Durch die lange Fließzeit des Grundwasser bleibt ausreichend Zeit, Aufbereitungsverfahren anzuwenden oder im ungünstigsten Fall die Wasserversorgung umzustellen. Mit Blick auf das Vorhaben SuedLink ist festzuhalten, dass es sich um ein Vorhaben handelt, dessen energiewirtschaftliche Notwendigkeit und vordringlicher Bedarf durch § 1 Abs. 1 BBPlG i. V. m. Nr.1 der Anlage zum BBPlG gesetzlich festgestellt sind. § 1 Satz 3 NABEG stellt zudem gesetzlich ausdrücklich klar, dass die Realisierung der erfassten Stromleitungen, also auch des SuedLink, aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist.